



Dachverband Entwicklungspolitik
Baden-Württemberg e.V.

In gemeinsamer Verantwortung für die Eine Welt

Positionspapier zur Debatte um die Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg

1 Einleitung

Das vorliegende Papier wendet sich zunächst an die Mitglieder des Dachverbandes Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) und stellt unsere Position in der Diskussion um die Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Baden-Württemberg dar. Die Landesregierung plant dazu für das Jahr 2012 einen Dialogprozess mit einer Reihe von *Bürgerkonferenzen*, beginnen soll dieser Prozess im April 2012.

„Wir arbeiten in Baden-Württemberg dafür, dass sich viele Menschen von einer Vision weltweiter Gerechtigkeit leiten lassen und so leben, wirtschaften und Politik machen, dass Menschen in allen Teilen der Erde ein menschenwürdiges Leben haben.“

(DEAB-Satzung, Präambel)

Das vorliegende Papier wurde in der AG Landespolitik des DEAB erarbeitet und im Februar 2012 vom Vorstand verabschiedet. Es erläutert und begründet, was aus der Perspektive des DEAB in die Entwicklungspolitischen Leitlinien einfließen sollte. Dabei geht es zunächst um die Grundsätze und Ziele, anschließend um die Strukturen und schließlich um einzelne Handlungsfelder der Entwicklungspolitik des Landes.

Wir hoffen, damit eine gute Grundlage für den Dialogprozess zu liefern, und ermutigen alle Mitglieder, sich an den regionalen Diskussionsveranstaltungen zu beteiligen und ihre Standpunkte einzubringen.

2 Grundsätze und Ziele

Die Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg sollte weder nur von humanitärer Verpflichtung noch vorwiegend von wirtschaftlichen Interessen getragen sein. Sie sollte sich vielmehr an der Achtung der Menschenrechte, am Recht auf Entwicklung für alle und am Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung orientieren. Insbesondere sollte sie berücksichtigen, dass die Rahmenbedingungen für die Entwicklung des Globalen Südens maßgeblich dadurch beeinflusst werden, wie wir im Globalen

Norden leben, wirtschaften und Politik machen. Die meisten großen Krisen der Gegenwart, beispielsweise der Klimawandel, haben ihre Ursachen vor allem in den reichen Ländern des Nordens, beschneiden aber vor allem die Menschenrechte und das Recht auf Entwicklung im Globalen Süden. Entwicklungspolitik in gemeinsamer Verantwortung für die Eine Welt muss deshalb gleichermaßen partnerschaftlich und selbstkritisch sein. Sie hat Auswirkungen auf fast alle Politik-, Wirtschafts- und Lebensbereiche – auch in Baden-Württemberg.

Ziele der Entwicklungspolitik des Landes sollten deshalb sein, (1) die weltweite Achtung der Menschenrechte und das Recht auf Entwicklung nach Kräften zu fördern, (2) alles zu unterlassen, was diese Rechte einschränkt, (3) eine Nachhaltige Entwicklung in Nord und Süd voranzutreiben und (4) bei den BürgerInnen und Unternehmen in Baden-Württemberg dafür zu werben, dass sie sich diese Sichtweise zu eigen machen.

3 Strukturen

Die Entwicklungspolitik des Landes sollte sich am Grundsatz der Subsidiarität ausrichten und die Stärken der Zivilgesellschaft nutzen und fördern. Gerade in Baden-Württemberg gibt es viele qualifizierte und sehr aktive entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen. Dazu gehören lokale Aktionsgruppen, ehrenamtlich getragene Weltläden, Gruppen mit Partnerschaften sowie Organisationen der Bildungs- und Entwicklungszusammenarbeit. Diese Akteure sollten in ihrer Arbeit unterstützt werden, damit sie ihre Potenziale für eine Politik in Verantwortung für die Eine Welt möglichst umfassend einbringen können. Staatliche und halbstaatliche Stellen sollen sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen zivilgesellschaftliche Akteure nicht aktiv sind.

Um eine kohärente Entwicklungspolitik des Landes zu befördern, müssen entwicklungspolitische Belange und Ansätze als Querschnittsaufgabe der Politik gesehen werden. Dies betrifft insbesondere die Wirtschafts- und Außenhandelspolitik, die Umweltpolitik, die Bildungspolitik und die Wissenschaftspolitik. Die Neuverortung des Politikfeldes Entwicklungspolitik im Staatsministerium ist aus Sicht des DEAB ein Schritt in die richtige Richtung. Sie betont einerseits die Querschnittsaufgabe und wirkt andererseits einer Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik für die Wirtschafts- und Außenhandelsförderung entgegen. Dazu sind entsprechende personelle Kapazitäten und Kompetenzen im Staatsministerium unverzichtbar.

Es sollten weitere Anstrengungen unternommen werden, um im Sinne der Subsidiarität die Zivilgesellschaft zu stärken und die strukturelle Verankerung der Entwicklungspolitik in den Landesministerien und Landeseinrichtungen voranzutreiben.

Dazu sollten eigenständige Haushaltstitel für entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit sowie für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit geschaffen und angemessen ausgestattet werden. Ohne finanzielle Förderung des Landes stehen zivilgesellschaftlichen Akteuren vielfach Finanzierungsquellen wie z.B. der Europäischen Union und des Bundes nur begrenzt zur Verfügung, da sie eine entsprechende Ko-Finanzierung voraussetzen. Da Bildung eine Kernaufgabe des Landes ist, sollte die Landesregierung ihren Schwerpunkt auf die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und des Globalen Lernens legen.

Der DEAB ist das entwicklungspolitische Landesnetzwerk der Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg. Er fördert das bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik durch Information, Vernetzung und Qualifizierung der zivilgesellschaftlichen Akteure und vertritt ihre Anliegen gegenüber Politik und Gesellschaft. Damit leistet der DEAB einen unverzichtbaren Beitrag zur entwicklungspolitischen Arbeit im Land und sollte institutionell abgesichert werden.

Im Sinne der Subsidiarität ist die Rolle der Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) neu zu überdenken. Als Landesstiftung sollte sie vorrangig eine fördernde und weniger eine operative Funktion übernehmen. Die Zivilgesellschaft organisiert und koordiniert sich im Sinne der Subsidiarität selbst.

Entwicklungspolitische Bildungsarbeit muss systematisch in die Fläche kommen. Dazu wurde von der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke (agl) und dem Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) das Eine-Welt-Promotoren-Programm entwickelt. Es läuft bereits sehr erfolgreich in Nordrhein-Westfalen und startet 2012 in vier weiteren Bundesländern. Sowohl Regionalpromotoren als auch Fachpromotoren werden, systematisch verteilt über das gesamte Bundesland, bei bestehenden Bildungsakteuren oder entwicklungspolitischen Netzwerken angesiedelt. Ihre Aufgabe ist es, Projekte der entwicklungspolitischen Bildung und des Globalen Lernens in den Regionen anzuregen und zu unterstützen oder zu bestimmten Handlungsfeldern oder Zielgruppen, z.B. Schulpartnerschaften, fachliche Unterstützung zu gewährleisten. Die Koordinierung im Land übernimmt das jeweilige entwicklungspolitische Landesnetzwerk. Die bundesweite Koordinierung liegt bei der agl. Die Finanzierung wird anteilig durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und durch die Landesregierung übernommen. Dieses Eine-Welt-Promotoren-Programm sollte auch in Baden-Württemberg umgesetzt werden. Der DEAB hat dazu einen ersten Konzeptentwurf entwickelt.

4 Handlungsfelder

4.1 Globales Lernen, entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit

Angesichts weltweiter Probleme wie Armut und Hunger, Menschenrechtsverletzungen, Ungerechtigkeit, Kriege und Konflikte, Wirtschafts- und Finanzkrisen, Ressourcenverschwendung, Bedrohung der biologischen Vielfalt und Klimaerwärmung ist ein breites bürgerschaftliches Engagement unabdingbar. Dafür spielen Globales Lernen sowie entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit eine zentrale Rolle. Sie sollen Wissen vermitteln, Ursachen analysieren, Zusammenhänge verdeutlichen, Handlungsperspektiven entwickeln, politische Mitgestaltung ermöglichen und konkrete Handlungsschritte im persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld aufzeigen.

Globales Lernen und Entwicklungspolitische Bildungsarbeit beziehen alle Altersgruppen ein und finden in der formalen Bildung (Kindergarten, Schulen, Hochschulen usw.) und im informellen Bereich (Vereine, Verbände, Kirchen, Jugend- und Erwachsenenbildung) statt.

Konkrete Anliegen:

Baden-Württemberg braucht eine zentrale Servicestelle für Globales

Lernen, ein Haus des Globalen Lernens – als Medienstelle, als Beratungsstelle für Globales Lernen, als Beratungsstelle für Schulpartnerschaften und als Vermittlungsstelle von NROs für Schulen zu entwicklungspolitischen Themen. Das Entwicklungspädagogische Informationszentrum in Reutlingen (**EPIZ**) ist bereits ein über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus bekanntes und geschätztes Zentrum für Globales Lernen. Es sollte institutionell abgesichert und zum Haus des Globalen Lernens für Baden-Württemberg ausgebaut werden.

Ein großes Potential für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit sind zurückgekehrte Fachkräfte aus der Entwicklungszusammenarbeit, die in einem bundesweiten Programm „Bildung trifft Entwicklung“ qualifiziert und vermittelt werden, zum Beispiel an Schulen. Bis zu 400 Einsätze im Jahr werden derzeit vermittelt. Dieses Programm wird bislang weitgehend vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert. Ohne eine finanzielle Beteiligung des Landes droht diese Förderung jedoch im kommenden Jahr wegzufallen. Das sollte verhindert werden.

Das Studienbegleitprogramm (STUBE) ist in Baden-Württemberg ein einzigartiges Programm zur entwicklungspolitischen Qualifizierung ausländischer Studierender aus Afrika, Asien und Lateinamerika. Dieses Programm sollte institutionell in angemessener Höhe abgesichert werden.

„Globales Lernen versteht sich als die pädagogische Antwort auf die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung der Weltgesellschaft, als die notwendige Transformation pädagogischen Denkens und Handelns im Kontext einer sich globalisierenden Welt.“

www.globaleslernen.de

Dezentrale Lernorte von NRO, wie z.B. Weltläden, tragen die Themen des Globalen Lernens in die Breite. Ein besonders erfolgreiches Modell sind Globale Klassenzimmer, wie es sie schon in Reutlingen, Göppingen, Friedrichshafen und Schorndorf gibt. Um diese Projektarbeit auszubauen, braucht es die Möglichkeit finanzieller Förderung durch das Land.

Um die Zusammenarbeit zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu fördern, sollte zwischen dem DEAB und dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport eine Rahmenvereinbarung geschlossen werden, in der Mindeststandards für Kooperationen zwischen außerschulischen Akteuren und Schulen sowie finanzielle Rahmenbedingungen definiert sind.

4.2 Nachhaltiger Lebensstil

Unsere Lebensweise und unser Wirtschaftssystem führen auf der Erde zu einem beschleunigten Klimawandel und zu ökologischen und sozialen Krisen. Sie sind geprägt von einem nicht vertretbaren Ressourcen- und Energieverbrauch, vor allem in den Industrieländern, ungerechten Welthandelsstrukturen und fragwürdigen Subventionen, z.B. im Agrarsektor. Sie vergrößern die Schere zwischen Arm und Reich und bedrohen die Lebensgrundlage vor allem in ärmeren Regionen der Welt.

Darum brauchen wir eine Wende hin zu einem nachhaltigen Konsum- und Lebensstil, der eine Balance herstellt zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Belangen, weltweit. Dazu gehören sowohl eine Veränderung von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (gesetzliche Regelungen, Grenzwerte, Standards, Kennzeichnungen) als auch ein verändertes individuelles Konsumverhalten der einzelnen BürgerInnen.

In Baden-Württemberg gibt es viele entwicklungspolitische Initiativen und Organisationen, lokale Agenda-21-Gruppen sowie mehr als 200 Weltläden, die sich für einen nachhaltigen Lebensstil, nachhaltigen Konsum und eine solidarische Ökonomie einsetzen. Ihr Themenspektrum ist groß und spannt sich von regenerativen Energien, biologisch und regional erzeugten Lebensmitteln und Produkten aus Fairem Handel über ethische Textilien bis hin zu Menschenrechtsverletzungen beim Abbau von Rohstoffen oder bei der Entsorgung von Elektroschrott. Mit Bildungsarbeit und Kampagnen wenden sie sich an die VerbraucherInnen und entwickeln zielgruppenspezifische Projekte, um zu informieren und um für strategische Kaufentscheidungen zu sensibilisieren.

Achtsam leben: Das Private ist politisch.

Wer achtsam einkauft, wird über den Preis hinaus ein Augenmerk für die ökologische und soziale Qualität von Produkten haben. Als Konsument, der sich gleichermaßen als Bürger versteht, wird er darauf schauen, dass sein Kaufakt sowohl zur Umweltentlastung als auch zur Solidarität mit Schlechtgestellten beiträgt.

(aus „Zukunftsfähiges Deutschland“ S. 570, Frankfurt am Main 2008)

In der vom Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie erarbeiteten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ heißt es: „... entweder wird es ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement geben oder die Wende zur Nachhaltigkeit findet nicht statt.“

Konkrete Anliegen:

Bildungsprojekte und Kampagnen der Zivilgesellschaft zugunsten eines nachhaltigen Lebensstils sollten durch das Land unterstützt werden.

Die DEAB-FairHandelsBeratung für Weltläden und Aktionsgruppen zur Förderung des Fairen Handels sollte durch das Land gefördert und ausgebaut werden.

Das Angebot von regionalen, biologisch erzeugten und fair gehandelten Lebensmitteln in öffentlichen Einrichtungen, vor allem an Schulen und in Schulkantinen, sollte durch das Land gefördert werden.

Das Land sollte sich sowohl auf Bundesebene als auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass Agrarsubventionen gestrichen und eine kleinbäuerliche und ökologische Landwirtschaft gefördert wird.

4.3 Nachhaltige öffentliche Beschaffung

Entsprechend den vorgeschlagenen Grundsätzen und Zielen der Entwicklungspolitik Baden-Württembergs sollte die öffentliche Beschaffung des Landes so gestaltet werden, dass sie soziale Gerechtigkeit, den Schutz von Umwelt und Klima sowie die Achtung der Menschenrechte möglichst wirksam unterstützt. Umweltschäden und Verstöße gegen Menschenrechte im Zusammenhang mit den beschafften Produkten oder beauftragten Dienstleistungen sollten soweit wie möglich ausgeschlossen werden. Darüber hinaus sollte das Land geeignete Maßnahmen ergreifen, um Kommunen sowie öffentliche und private Einrichtungen in Baden-Württemberg zu einer nachhaltiger Beschaffung und einem verantwortlichen Einkaufen zu ermutigen und zu unterstützen.

Die ILO-Kernarbeitsnormen

- Konventionen 29 und 105: Verbot von Zwangs- und Pflichtarbeit
- Konventionen 87 und 98: Recht auf Vereinigungsfreiheit und Kollektivverhandlungen
- Konventionen 100 und 111: Gleichheit des Entgelts und Verbot von Diskriminierung am Arbeitsplatz
- Konventionen 138 und 182: Abschaffung der ausbeuterischen Kinderarbeit und Einhaltung des Mindestalters

Das Land und mehr als 30 Kommunen in Baden-Württemberg haben bereits beschlossen, bestimmte Produkte nur zu erwerben, wenn sie ohne ausbeuterische Kinderarbeit hergestellt wurden. Das ist ein erster Schritt in die nachhaltige öffentliche Beschaffung.

Konkrete Anliegen:

Das Land sollte bei allen öffentlichen Aufträgen darauf achten, dass mindestens die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erfüllt, existenzsichernde Löhne bezahlt und Tarifverträge eingehalten werden.

Um eine nachhaltige öffentliche Beschaffung in die Praxis umzusetzen, sollte das Land BeschafferInnen – auch in den Kommunen – entsprechend schulen.

Das Land sollte eine Servicestelle für nachhaltige Beschaffung einrichten, die beispielsweise Einrichtungen der öffentlichen Hand hinsichtlich rechtlicher Ausschreibungsfragen berät.

Das Land sollte Initiativen zur Entwicklung von Instrumenten unterstützen, mit denen die Einhaltung der Standards überprüft und nachgewiesen werden kann.

Das Land sollte Vorbildfunktion wahrnehmen und seine Aktivitäten öffentlich darstellen, um andere Einrichtungen ebenfalls zu einer nachhaltigen Beschaffung anzuregen.

Das Land sollte bei der Planung und Umsetzung der Maßnahmen zivilgesellschaftliche Organisationen mit entsprechenden Kompetenzen einbeziehen.

4.4 Entwicklung in Partnerschaft

Mit zunehmender Globalisierung werden Probleme immer mehr in ihren weltweiten Zusammenhängen wahrgenommen. Und es wird offensichtlicher, dass Krisen und ihre weltweiten Auswirkungen nur in partnerschaftlicher Zusammenarbeit bewältigt werden können.

Eine große Anzahl von gemeinnützigen Vereinen und Organisationen, Weltläden, Kirchengemeinden, kirchlichen Verbänden und Werken, Schulen und Universitäten, Kommunen, Einrichtungen der Wirtschaft, Ministerien und anderen staatlichen Stellen in Baden-Württemberg unterhalten Kontakte zu PartnerInnen in so genannten Entwicklungsländern. Darunter sind zunehmend MigrantInnen, die sich für Partnerorganisationen und Projekte engagieren und eine Brückenfunktion zwischen ihren Herkunftsländern und Baden-Württemberg einnehmen.

Die Akteure organisieren persönlichen Austausch, arbeiten an gemeinsamen Projekten, initiieren gemeinsame Lernprozesse und unterstützen ihre Partnerorganisationen bei der Durchführung von Entwicklungsmaßnahmen.

Für die Mitglieder des DEAB ist Entwicklung in Partnerschaft Weg und Ziel. Dazu braucht es Begegnung auf Augenhöhe. Partnerschaft beruht auf dem Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen sowie personellen und finanziellen Ressourcen. Von diesen Partnerschaften gehen wichtige Impulse aus für Entwicklung, auf allen Seiten. Sie stellen jedoch auch eine große Herausforderung für die Akteure dar. Sie erfordern Verbindlichkeit und einen langen Atem. Sie erfordern intensives interkulturelles Lernen. Sie erfordern selbstkritisches Reflektieren und eine intensive Auseinandersetzung mit den politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Rahmenbedingungen in den Partnerländern.

Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit sind wesentliche Bestandteile von Partnerschaftsarbeit, um die Impulse in die Gesellschaft hinein zu tragen. Viele Akteure leisten diese Arbeit ehrenamtlich, mit viel persönlichem Engagement. Darum gibt es einen großen Bedarf an Unterstützung. Dabei ist es besonders wichtig, auf die verschiedenen Zielgruppen speziell einzugehen.

Konkrete Anliegen:

In diesem Sinne sollte eine Weiterentwicklung der partnerschaftlichen Beziehungen des Landes, z.B. zu Burundi und zu KwaZulu-Natal (Südafrika), unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Akteure stattfinden.

Das Angebot an Beratung, Begleitung, Vernetzung und Weiterbildung sollte zielgruppenspezifisch ausgebaut werden, z.B. für Schulpartnerschaften, und von der Landesregierung gefördert werden. Es sollten Mittel zur Verfügung gestellt werden zur Unterstützung von Projekten im Rahmen von Partnerschaften.

Mit diesem Positionspapier möchten wir den internen und den öffentlichen Diskurs zu zentralen gemeinsamen Handlungsfeldern unterstützen. Wir freuen uns über Rückmeldungen und stehen selbstverständlich auch für persönliche Gespräche zur Verfügung.

Im Februar 2012, DEAB Vorstand und DEAB AG Landespolitik

Präambel zur Satzung des Dachverbands Entwicklungspolitik

Baden Württemberg DEAB e.V.

Lokale entwicklungspolitische Arbeitskreise, Weltläden und Einrichtungen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit haben am 9. November 1975 den Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB) gegründet. Wir arbeiten in Baden-Württemberg dafür, dass sich viele Menschen von einer Vision weltweiter Gerechtigkeit leiten lassen und so leben, wirtschaften und Politik machen, dass Menschen in allen Teilen der Erde ein menschenwürdiges Leben haben.

Wir informieren über weltweite Zusammenhänge und Missstände. Wir weisen alle gesellschaftlichen Gruppen, BürgerInnen, PolitikerInnen, Wirtschafts- und Kirchenleute auf unseren Anteil an diesen Missständen hin und drängen auf Veränderung. Die Benennung offenkundigen Unrechts ist der erste Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Daher wenden wir uns gegen Hunger, Krieg, Waffenexporte, Überschuldung, Analphabetismus, Armut, kulturelle Dominanz, Umweltzerstörung, wirtschaftliche Knebelung und fordern deren Überwindung.

Wir bemühen uns um Begegnungen, aus denen internationale Solidarität wächst. Wir beteiligen uns an einem Austausch, bei dem man die Kultur des anderen schätzen lernt. Wir unterstützen Wirtschaftsbeziehungen, die menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen ermöglichen. Dazu gehören soziale und ökologische Standards, Zugang zu Nahrung, Gesundheit, Bildung, angemessen entlohnte Arbeit und gerechtes Kreditwesen für einkommensschwache Menschen. Wir unterstützen den Fairen Handel.

Als Dachverband der Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg vertreten wir Interessen der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wir vertrauen darauf, dass es in allen Teilen der Erde Gruppen gibt, die mit Kreativität und Mut Wege finden, die ihnen Überleben, Selbstbestimmung und Menschenwürde eröffnen. Zusammen arbeiten wir an einer gerechteren Welt.

Stuttgart, den 26.03.2004